

Beitrag deutscher Behindertenorganisationen zur Herstellung der Chancengleichheit und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit

*Dinah Radtke
Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland*

Menschen mit Behinderung gehören weltweit in allen Gesellschaften zu den sozial schwächsten, zu den ärmsten Menschen. Doch bei Programmen zur Bekämpfung der Armut werden behinderte Menschen nicht berücksichtigt. Es wird nicht daran gedacht, sie mit einzubeziehen. Für Menschen mit Behinderung existieren spezielle Projekte, die sich meist mit medizinischer Versorgung und Rehabilitation befassen. Dieses sind zwar wichtige Themen, aber genau so wichtig sind Schulbildung, berufliche Ausbildung, sogenanntes ‚empowerment‘-Training, Möglichkeiten, eigenes Geld zu verdienen, eine Familie zu gründen und zu erhalten sowie ausreichend Hilfe, d.h. Assistenz, zu bekommen, um am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen zu können. Menschen mit Behinderung möchten nicht in Ghettos unter sich leben, sondern am normalen gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Doch in der Regel werden immer noch Projekte **für** behinderte Menschen entwickelt und durchgeführt, aber nicht in Zusammenarbeit **mit** den Betroffenen. Dieses findet nicht nur in den sogenannten Entwicklungsländern statt, sondern auch immer noch in den hochindustrialisierten Ländern. Tatsächlich hat die medizinische Auffassung von Behinderung immer noch Vorrang in den Köpfen und nicht die soziale und politische Auffassung von Behinderung, die von den Behindertenorganisationen seit langem gefordert wird.

Behinderte Menschen sind keine Bittsteller. Behinderung ist ein ganz normaler Bestandteil des Lebens und hat nichts mit Schuld zu tun. Menschen mit Behinderung müssen verstehen, dass sie Rechte haben - Menschenrechte. Die Menschenrechte sind universal und unteilbar und gelten für alle Menschen.

Die Anerkennung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderung gewinnt immer mehr an Bedeutung. In diesem Menschenrechtsansatz ist auch ein Verständnis von Behinderung als soziale und politische Frage verankert. Die Weltgesundheitsorganisation hat dies zwar in ihrer neuen Definition berücksichtigt, die dennoch in der Behindertenbewegung noch sehr umstritten ist. Diese Definition wird nicht geschätzt aber benutzt, weil die Behindertenorganisationen sich selbst bisher noch nicht auf eine gemeinsame Definition verständigen konnten. Unter „Behinderung“ versteht die WHO die negative Wechselwirkung zwischen einer Person mit einem Gesundheitsproblem und ihren Kontextfaktoren auf ihre Funktionsfähigkeit (insbesondere die Teilhabe an einem oder mehreren Lebensbereichen).

Am deutlichsten bringt folgende Stellungnahme behinderter Frauen der Pazifik-Region den Sachverhalt zum Ausdruck:

„Wir sind vor allen Dingen Frauen und lehnen es ab, dass wir über unsere Beeinträchtigungen, medizinische oder gesundheitliche Zustände oder durch die Dinge, die wir nicht tun können, definiert werden. Wir sind nichts Besonderes, nicht tapfer, nicht ideenreich, weder Objekt des Mitleids noch persönliche Tragödien. Unsere Behinderung, das sind die Barrieren in den Köpfen, die Kommunikationsbarrieren, die kulturellen Barrieren, die physischen und strukturellen Barrieren, die von der Gesellschaft geschaffen wurden und werden, Barrieren durch fehlende

Internationales Seminar: Entwicklung für Alle: Behinderung als integraler Bestandteil in der weltweiten Bekämpfung der Armut“ am 20. Oktober 2004 in Bonn

Unterstützung. Unterstützung, die wir brauchen, damit wir gleichberechtigt am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen können. Wir wollen nicht durch die Dienstleistungen, die wir benötigen, definiert werden.“

Aus diesem Text wird deutlich, wie sehr das Leben von Menschen mit Behinderung durch Barrieren, fehlende Unterstützung und fehlende Möglichkeiten eingeschränkt wird. Nichtbehinderte Menschen fangen an, dies zu verstehen, aber nur, weil Behindertenorganisationen immer wieder darauf hinweisen und ihre Rechte einfordern. Sie fordern Gleichstellung, Antidiskriminierung, gleiche Möglichkeiten wie Nichtbehinderte auch. Aber in der Realität ist es schwer, dies durchzusetzen, obwohl es jetzt in vielen Ländern Behindertengleichstellungsgesetze bzw. Antidiskriminierungsgesetze gibt. Diese Gleichstellungsgesetze sichern die Beteiligung behinderter ExpertInnen in den verschiedensten Gremien zu. Deswegen müsste eigentlich bei der Planung und Vergabe von Entwicklungsprojekten automatisch die Beteiligung von Menschen mit Behinderung erfolgen. Da dies nicht der Fall ist, müssen Organisationen behinderter Menschen ihrer Beteiligung Nachdruck verleihen.

Wie kann nun der Beitrag deutscher Behindertenorganisationen zur Bekämpfung der Armut aussehen?

Die existierenden Netzwerke von Organisationen behinderter Menschen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit müssen besser miteinander verknüpft werden, die Kommunikation untereinander gestärkt und Möglichkeiten zur barrierefreien Teilnahme an Projekten auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene geschaffen werden. Möglichkeiten zu Partnerschaften und persönlichem Austausch sollten gefördert werden. Behinderten Menschen sollte vermittelt werden, dass ihre Meinung, ihr Wissen und ihre Mitarbeit gefragt sind.

Grundsätzlich sollten Menschen mit Behinderung mitbestimmen können, ganz besonders jedoch bei allen Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen. Wenn sie nicht mitbestimmen können, dann gehen Maßnahmen, die zu ihrem „Besten“ bestimmt sind, an ihren eigentlichen Bedürfnissen vorbei. Menschen mit Behinderung sollten dafür sorgen, dass keine Maßnahmen exportiert werden, die Menschen mit Behinderung hier ablehnen, z.B. den Bau von geschützten Werkstätten oder anderen Sondereinrichtungen. Es darf auch nicht geschehen, dass eine Regierung - wie vor ca. drei Jahren in Bangladesch – über hundert Schulen bauen lässt und sich danach herausstellt, dass die Schulen nicht barrierefrei gebaut wurden und von behinderten Kindern nicht besucht werden können.

Die Zusammenarbeit ist wichtig: Regierungen, Geberorganisationen und Menschen mit Behinderung sollten in die Projektentwicklung bei allen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Denn alle Maßnahmen betreffen auch immer behinderte Menschen. Nichtregierungsorganisationen und Regierungen haben nicht nur die Verantwortung sondern eine Verpflichtung, die Menschenrechte einzuhalten. Nur so kommen sie dem gemeinsamen Ziel näher, die Armut zu bekämpfen und die Lebensqualität behinderter Menschen nachhaltig zu verbessern.